

German Institute for Global and Area Studies

Der Gaza-Krieg im Mai 2021

Selman Almohamad, Thomas Richter

Phänomenmonitoring



Zusammenfassung

*Die Eskalationsdynamiken zwischen Israelis und Palästinenser*innen, die im Mai 2021 zu einem militärischen Konflikt zwischen militanten islamistischen Palästinenser*innenorganisationen und Teilen der israelischen Streitkräfte führten, waren durch zwei internationale Entwicklungen geprägt: Erstens die proisraelische Haltung der Trump-Administration (2017–2021) und zweitens die von einigen arabischen Golfstaaten angestoßenen Bemühungen, ihre Beziehungen mit Israel zu normalisieren. Beide Entwicklungen können als notwendige Bedingungen für eine Konflikteskalation im Mai 2021 angesehen werden. Eine Betrachtung der zukünftigen Entwicklungen in Israel und Palästina – einschließlich der in den letzten Jahren deutlich wahrnehmbaren Auswirkungen auf das Radikalisierungsgeschehen in Deutschland – sollten daher durch eine umfassendere Analyse regionaler und internationaler Rahmenbedingungen ergänzt werden.*

Stichworte

Nahostkonflikt | Israel | Palästina | Gazastreifen |
Hamas | Trump | Abraham-Abkommen



Einleitung

Am 10. Mai 2021 begann eine elftägige militärische Konfrontation zwischen Teilen der israelischen Streitkräfte und mehreren militanten islamistischen Palästinenser*innengruppen aus dem Gazastreifen. Als Folge des sogenannten Gaza-Krieges 2021 starben laut Angaben der Vereinten Nationen (VN) 258 Palästinenser*innen und acht Israelis (OCHA 2022). Teilweise in Israel, aber insbesondere im Gazastreifen kam es im Kriegsverlauf zu enormen Schäden an ziviler Infrastruktur, die für den Gazastreifen auf 290 bis 380 Millionen US-Dollar geschätzt wurden (ReliefWeb 2021). Ein ähnliches Ausmaß an Gewalt und Zerstörung war als Teil des Nahostkonfliktes seit 2014 nicht mehr zu beobachten gewesen. Vom Nahostkonflikt geht seit Jahren ein latentes Radikalisierungspotenzial aus (Richter/Almohamad 2021). Wie in dem auf diesen Text folgenden Beitrag „Auswirkungen des Gaza-Krieges 2021 auf Deutschland: eine mehrdimensionale Analyse“ dargestellt wird, hatte der Gaza-Krieg vom Mai 2021 messbare Auswirkungen auf das Radikalisierungs-geschehen in Deutschland. Es ist daher in einem ersten Schritt zunächst notwendig, besser verstehen zu lernen, unter welchen regionalen, globalen und lokalen Bedingungen es im Mai 2021 zu einer Eskalation der Gewalt zwischen Israelis und Palästinenser*innen kommen konnte.

Ein verändertes Umfeld seit Mitte der 2010er-Jahre

Der israelisch-palästinensische Konflikt war spätestens seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts einer Vielzahl von Veränderungen unterworfen. Zu den wichtigsten externen Ursachen für diese Veränderungen gehörte zuvorderst die Politik der US-Regierung unter Präsident Donald Trump (2017–2021). Die Trump-Administration entfernte sich in vielerlei Hinsicht von ihren Vorgängerregierungen und orientierte sich stärker an den Interessen Israels mit deutlichen Nachteilen für die Palästinenser*innen. So wurden unter Trump weite Teile der im Oslo-Friedensprozess seit 1993 zwischen dem Staat Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) geschlossenen Abkommen zugunsten Israels ignoriert. Dabei wurde die insbesondere von den VN und der Europäischen Union (EU) völkerrechtlich verbindliche Position zu dem Konflikt, wie sie in den Resolutionen 242 und 338 des VN-Sicherheitsrats und in der

Resolution 2253 der VN-Generalversammlung festgeschrieben wird, durch die Trump-Administration missachtet. Resolution 2253, zum Beispiel, „calls upon Israel to rescind all measures already taken and to desist forthwith from taking any action which would alter the status of Jerusalem“ (The United Nations 1967).

Der im Januar 2020 vorgelegte Trump-Plan setzt sich darüber explizit hinweg (Asseburg 2021, 215). Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch und Amnesty International sind inzwischen der Meinung, dass die israelische Politik in Bezug auf die Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten des Gazastreifens und des Westjordanlandes als eine Form von Apartheid bezeichnet werden kann, da sie auf Praktiken wie Enteignung, Inhaftierung und gewaltsamer Vertreibung beruht (Amnesty International 2022; HRW 2021). Die Neuausrichtung der US-amerikanischen Haltung unter Präsident Trump hat es Israel erleichtert, diese Praktiken umzusetzen.

Die zweite wichtige Veränderung mit Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt war regionaler Natur: Mehrere arabische Länder, darunter vor allem Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrates, entschieden sich zum ersten Mal in ihrer Geschichte, im Rahmen der sogenannten Abraham-Abkommen offizielle Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Dies geschah auf Kosten der historischen Schlüsselrolle der Palästina-Frage bei der Ausgestaltung der arabisch-israelischen Beziehungen.

Schließlich spielten innerisraelisch-palästinensische Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle für das Auslösen der Gewalteskalation im Mai 2021. Auseinandersetzungen um die Zukunft des symbolträchtigen Viertels Scheich Dscharrah in Ostjerusalem, die Pläne Israels, das Westjordanland zu annektieren, die Verschiebung der palästinensischen Wahlen und die wiederholten Einschränkungen in Ostjerusalem und die Übergriffe der israelischen Polizei auf die al-Aqsa-Moschee während des muslimischen Fastenmonats Ramadan führten schließlich dazu, dass sich militante islamistische Gruppen wie die Hamas als die letzten verbliebenen Verteidiger*innen der palästinensischen Sache aufspielen konnten, um Israel am 10. Mai 2021 ein Ultimatum zu stellen. Als dieses nicht erfüllt wurde, begannen die Hamas und der Islamische Dschihad aus dem Gazastreifen mit einem intensiven Raketenbeschuss auf Israel.

Trump verschärft das Machtgefälle

Einer der Aspekte, der die Trump-Administration beim Umgang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt auszeichnete, war ein deutlicher Bruch, den sie im Hinblick auf die Umsetzung des Oslo-Abkommens sowie der Zweistaatenlösung vollzog. So erkannte Trump 2017 Jerusalem als Hauptstadt Israels an, obwohl der Status der Stadt historisch, rechtlich und politisch umstritten ist und seit den 1990er-Jahren vereinbart war, dass die endgültige Rolle Jerusalems im Zuge des fortschreitenden Osloer Friedensprozesses zu verhandeln sei. Außerdem verlegte die US-Regierung 2018 ihre Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem und kürzte die Finanzierung für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), das für mehr als fünf Millionen palästinensische Flüchtlinge in Syrien, im Libanon, in Jordanien, im Gazastreifen und im Westjordanland grundlegende Dienstleistungen wie zum Beispiel Bildung und medizinische Versorgung bereitstellt (Erdoğan/Habash 2020, 133-135). In ähnlicher Weise schlug Trump im Januar 2020 den „Friedensplan“ oder „Deal des Jahrhunderts“ vor, der von den Palästinensern unter anderem verlangte, die völkerrechtswidrig im Westjordanland errichteten israelischen Siedlungen anzuerkennen. Der Plan wurde von Präsident Trump und Benjamin Netanjahu, dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten, in Abwesenheit von Vertreter*innen der palästinensischen Autonomiebehörde verkündet, die den Plan unmissverständlich ablehnte (DW 2020).

Neuausrichtung der arabischen Golfstaaten

Was in der ganzen Region jahrzehntelang als arabisch-israelischer Konflikt bezeichnet wurde, gilt inzwischen nicht mehr für Teile der arabischen Golfstaaten. Eine Reihe regionaler und innenpolitischer Entwicklungen hat dazu geführt, dass einige der Golfstaaten damit begonnen haben, offizielle diplomatische Beziehungen zu Israel aufzubauen. Damit ging einher, dass diese Staaten aufgehört haben, die bedingungslose Unterstützung eines unabhängigen Staates Palästina als handlungsleitend für ihre Politik gegenüber Israel zu betrachten. Eine wichtige Ursache für diese Entwicklung kann darin gesehen werden, dass die Islamische Republik Iran inzwischen nicht nur von Israel, sondern auch von fast allen arabischen

Golfstaaten und insbesondere von Saudi-Arabien als die größte Bedrohung innerhalb der Region des Nahen und Mittleren Ostens wahrgenommen wird. Darüber hinaus wurde das regionale Machtvakuum, welches durch das Chaos im Irak, den Krieg in Syrien und die gegen null gehende Rolle Ägyptens als ehemalige Führungsmacht der arabischen Welt entstanden ist, in Teilen durch die arabischen Golfstaaten aufgefüllt. Eine Entwicklung, die sich zusätzlich negativ auf die Bedeutung der palästinensischen Sache innerhalb der gesamten Region ausgewirkt hat. Schließlich waren aus den Golfstaaten heraus bereits seit einigen Jahren inoffizielle Verbindungen in die israelische Gesellschaft hinein aufgebaut worden, die für die Regierungen am arabischen Golf eine strategische Rolle Israels in wichtigen Bereichen wie der Medizintechnik, der Internetsicherheit oder auch der Wüstenlandwirtschaft deutlich gemacht haben. Diese Entwicklung beförderte schließlich auch eine politische Annäherung zwischen den Golfstaaten und Israel (Ferziger/Bahgat 2020). In diesem Sinne markierten die Abraham-Abkommen vom August 2020 – in denen die Vereinigten Arabischen Emirate und das Königreich Bahrain bilaterale „Friedens“-Verbindungen mit Israel unterzeichneten – den Beginn offizieller diplomatischer Beziehungen, denen aber eine Periode inoffizieller Beziehungen und verdeckter Annäherungen vorausgegangen war (Abdulla 2021).

Der Marsch in Richtung Eskalation

Neben den sich verändernden internationalen und regionalen Rahmenbedingungen, die auf die Entwicklung des israelisch-palästinensischen Konfliktes einwirkten, gab es wichtige lokale Dynamiken, die eine Eskalation des Konflikts zwischen Israelis und Palästinenser*innen in der ersten Jahreshälfte 2021 begünstigten. Bereits im Mai 2020 verkündete der damalige israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die Absicht seiner Regierung, bis zu 30 Prozent des Westjordanlandes, welches seit dem 6-Tage-Krieg von 1967 von Israel besetzt ist, zu annektieren (Almoamad 2020). Diese Ankündigung wurde sowohl international als auch von Seiten der Palästinenser als völkerrechtswidrig abgelehnt. In den folgenden Monaten entwickelte sich um die zugunsten israelischer Siedlergruppen anstehende Zwangsräumung von durch palästinensische Familien bewohnten Häusern im Ostjerusalem Stadtteil Scheich Dscharrah

eine auch global wahrgenommene Protestbewegung (Aljazeera 2021). Die Symbolik von Scheich Dscharrah geht über das hinaus, was Israel als einen Immobilien- und Rechtsstreit über historische Eigentumsrechte einstuft; sie berührt ein Kernthema der palästinensischen Forderung nach einem eigenen Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt (Kingsley 2021).

Am 13. April 2021, dem ersten Tag des muslimischen Fastenmonats Ramadan, der im Jahr 2021 mit dem israelischen Unabhängigkeitstag zusammenfiel, spitzte sich die Situation in Jerusalem weiter zu. Weil sich die Verwaltung der auf dem Tempelberg/Haram al-Scharif befindlichen al-Aqsa-Moschee weigerte, die Außenlautsprecher der Moschee abzuschalten, um eine Rede des israelischen Staatspräsidenten an der benachbarten Klagemauer ungestört zu lassen, drang die israelische Polizei in die Moschee ein und schaltete die Lautsprecher ab. Gleichzeitig wurde Palästinenser*innen der Zugang zum Damaskustor verweigert, einem nach dem Fastenbrechen traditionell stark frequentierten Teil Ostjerusalems. Beides führte auf palästinensischer Seite zu Protesten, gegen die wiederum die israelische Polizei gewaltsam vorging. Dabei drang diese wiederholt und teilweise unter Einsatz von Tränengas und Schallgranaten in die al-Aqsa-Moschee ein. Gleichzeitig nutzten rechte israelische Gruppen die Gelegenheit, um im Vorfeld des Jerusalem-Tages, der im Jahr 2021 am 10. Mai begangen wurde, Protestmärsche durch Teile Ostjerusalems durchzuführen, auf denen Parolen wie „Tod den Arabern“ skandiert wurden (Asseburg 2021, 262). Weil parallel dazu der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas Ende April die eigentlich für den 22. Mai 2021 vorgesehenen Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat mit dem Verweis, dass Israel dem Wahlvorgang in Ostjerusalem nicht zugestimmt hatte, auf unbestimmte Zeit verschob, entstand eine Situation, in der die militante islamistische Palästinenser*innenorganisation Hamas eine Möglichkeit sah, sich als letzte verbliebene Bastion der palästinensischen Sache zu profilieren. Sie setzte Israel das Ultimatum, seine Polizeieinheiten vom Tempelberg/Haram al-Scharif und aus dem Ostjerusalem Stadtteil Scheich Dscharrah bis zum 10. Mai 2021 um 18 Uhr abzuziehen. Wenige Minuten nach Ablauf des Ultimatus begann der wahllose Raketenbeschuss israelischer Ortschaften durch verschiedene militante Islamistengruppen aus dem Gazastreifen. Daraufhin griffen in den folgenden Tagen die israelischen Streitkräfte Stellungen der Hamas und des Islamischen Dschihad im Gazastreifen an und zerstörten dabei auch zahlreiche zivile

Objekte und Infrastrukturanlagen. Die Überlappung verschiedener Ereignisse und der Verlauf der Eskalationsdynamiken für den Mai 2021 ist in Abbildung 1 grafisch zusammengefasst.

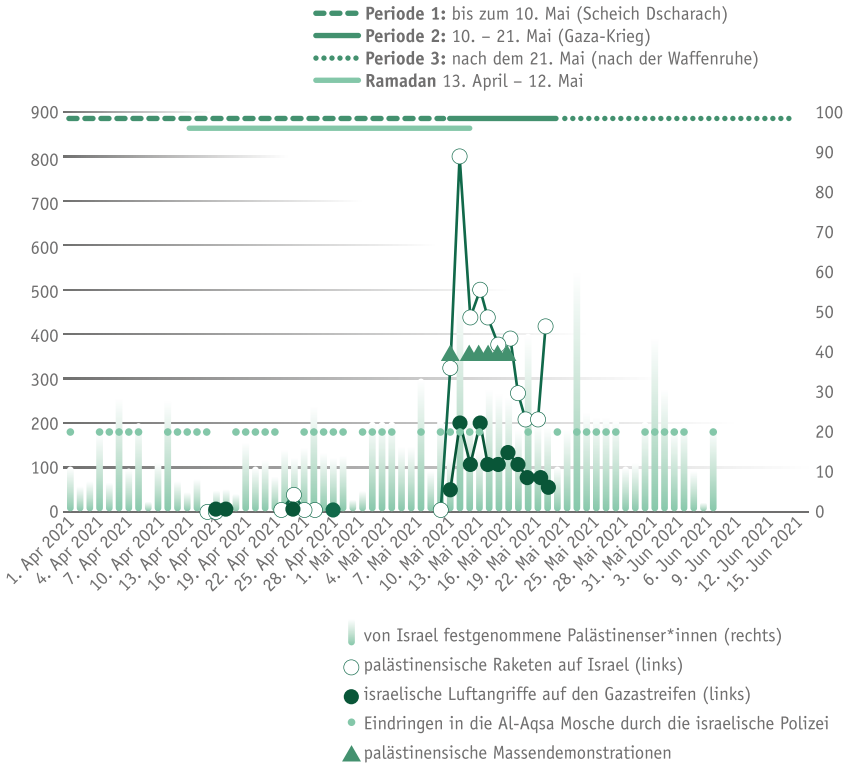


Abbildung 1: Eskalationsdynamiken im Gaza-Krieg 2021

Quelle: <https://www.nad.ps/ar> und eigene Recherchen.

Schlussfolgerungen

Ein Blick auf die Eskalationsdynamiken zwischen Israelis und Palästinenser*innen, die im Mai 2021 zu einem militärischen Konflikt zwischen militanten islamistischen Palästinenser*innenorganisationen und Teilen

der israelischen Streitkräfte geführt haben, zeigt, dass es notwendig ist, regionale und internationale Veränderungsprozesse in eine Analyse des Nahostkonflikts einfließen zu lassen. Ohne diesen umfassenderen Blick ist ein tieferes Verständnis der innerisraelisch-palästinensischen Dynamiken – einschließlich ihrer bis nach Deutschland spürbaren Auswirkungen, die genauer im folgenden Beitrag dargestellt werden – nicht zu verstehen.

Daher wäre es kurzsichtig, die im Mai 2021 aufgetretene Gewalt ausschließlich auf die Interaktionen zwischen Israelis und Palästinenser*innen im Frühjahr 2021 zurückzuführen, ohne dafür zwei spezifische bereits länger wirkende Aspekte zu berücksichtigen: erstens die neu formulierte Haltung der Trump-Administration gegenüber Israel und zweitens die von einigen arabischen Golfstaaten angestoßenen Bemühungen, ihre Beziehungen mit Israel zu normalisieren. Beide Entwicklungen haben leider nicht zur Eindämmung der im Frühjahr 2021 stattgefundenen Gewalteskalation beigetragen. Im Gegenteil, beide Faktoren können vielmehr als notwendige Bedingungen dafür angesehen werden, dass sich die militant-islamistische Hamas in die Lage gesetzt gefühlt hat, ein Ultimatum zu formulieren, welches Israel zu diesem Zeitpunkt nicht zu erfüllen bereit war. Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass eine Betrachtung der zukünftigen Entwicklungen in Israel und Palästina – einschließlich möglicher Auswirkungen auf das Radikalisierungsgeschehen in Deutschland – durch eine umfassendere Analyse regionaler und internationaler Rahmenbedingungen zu ergänzen ist und damit verbunden analysiert werden muss.

Literatur

Abdulla, A. (2021). *The two pillars of the Abraham Accords*. Middle East Institute. Abrufbar unter: <https://www.mei.edu/publications/two-pillars-abraham-accords> [08.07.2022].

Aljazeera (2021). *Palestinians vow to save Sheikh Jarrah neighbourhood*. Abrufbar unter: <https://www.aljazeera.com/gallery/2021/5/5/palestinians-arrested-at-protest-over-jerusalem-evictions> [08.07.2022].

Almohamad, S. (2020). *Doomed to Instability: Israel's West Bank Annexation Plan in a Turbulent Region*. GIGA Focus Middle East, 04. Abrufbar unter: <https://www.giga-hamburg.de/en/publication/doomed-to-instability-israels-west-bank-annexation-plan-in-a-turbulent-region> [08.07.2022].

Amnesty International (2022). *Israel's apartheid against Palestinians: A cruel system of domination and a crime against humanity*. Amnesty International. Abrufbar unter: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/02/israels-apartheid-against-palestinians-a-cruel-system-of-domination-and-a-crime-against-humanity/> [08.07.2022].

Asseburg, M. (2021). *Palästina und die Palästinenser: Eine Geschichte von der Nakba bis zur Gegenwart*. C.H. Beck.

DW (2020). *Trump reveals Israeli-Palestinian peace plan*. Abrufbar unter: <https://www.dw.com/en/trump-reveals-israeli-palestinian-peace-plan/a-52179629> [08.07.2022].

Erdoğan, A. & Habash, L. (2020). *U.S. Policy Toward the Israeli-Palestinian Conflict under the Trump Administration: Continuity or Change?*, in: *Insight Turkey*, 22(1), 125-146. Abrufbar unter: <https://doi.org/10.25253/99.2020221.09> [08.07.2022].

Ferziger, J. H. & Bahgat, G. (2020). *Israel's Growing Ties with the Gulf Arab States*. Atlantic Council, 20. Abrufbar unter: <https://www.atlanticcouncil.org/in-depth-research-reports/issue-brief/israels-growing-ties-with-the-arab-gulf-states/> [08.07.2022].

HRW (2021). *A Threshold Crossed: Israeli Authorities and the Crimes of Apartheid and Persecution*. Human Rights Watch. Abrufbar unter: <https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution> [08.07.2022].

Kingsley, P. (2021). *Evictions in Jerusalem Become Focus of Israeli-Palestinian Conflict*. Abrufbar unter: <https://web.archive.org/web/20210509085058/https://www.nytimes.com/2021/05/07/world/middleeast/evictions-jerusalem-israeli-palestinian-conflict-protest.html> [08.07.2022].

OCHA (2022). *Data on casualties*. United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. Abrufbar unter: <http://www.ochaopt.org/data/casualties> [08.07.2022].

ReliefWeb (2021). *Gaza Rapid Damage and Needs Assessment: June 2021 – occupied Palestinian territory*. ReliefWeb. Abrufbar unter: <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/gaza-rapid-damage-and-needs-assessment-june-2021> [08.07.2022].

Richter, T. & Almohamad, S. (2021). *Über Ursachen und auslösende Ereignisse von Radikalisierung – Eine heuristische Perspektive auf den Nahen Osten*, in: Kemmesies, U., Wetzels, P., Austin, B., Dessecker, A., Grande, E., Kusche, I. & Rieger, D. (Hrsg.). *MOTRA Monitor 2020*, Wiesbaden, 240-259. Abrufbar unter: https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-9-7_2021_MOTRA [08.07.2022].

The United Nations (1967). *UN General Assembly Resolution 2253-ES-V (July 1967)*. United Nations (UN); United Nations Documents. Abrufbar unter: [https://undocs.org/Home/Mobile?FinalSymbol=A%2FRES%2F2253%2520\(ES-V\)&Language=E&DeviceType=Desktop&LangRequested=False](https://undocs.org/Home/Mobile?FinalSymbol=A%2FRES%2F2253%2520(ES-V)&Language=E&DeviceType=Desktop&LangRequested=False) [08.07.2022].